

Cavallo siegt bei Telefoninternwahl Ex-Wirtschaftsminister Kandidat für Stadtregierungsführung

Der ehemalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hat am Sonntag in einer für Argentinien und die Kommunalpolitik darstellenden Premiere per Telefonwahl die erste Abstimmung seiner Polit-Karriere gewonnen. Am Spätnachmittag informierte der Vorsitzende der Acción por la República (AR), Armando Caro Figueroa, den AP-Vorsitzenden, dass er im internen „Telefonduell“ gegen Gustavo Béliz gesiegt habe. Demnach erhielt Cavallo mit 36.398 Anrufern etwa 60 Prozent aller abgegebenen Stimmen, Beliz hingegen kam lediglich auf 23.335 Votierungen (40 Prozent).

Von einer „Wahlniederlage“ des Ex-Innenministers wollte der Cavallo treue Abgeordnete Guillermo Alchouron aber nichts wissen: „Es ist keine Niederlage, sondern eine Übertragung von Verantwortlichkeiten ... Cavallo führt, Beliz begleitet, niemand fühlt sich da verletzt.“

Cavallo wird nun am 7. Mai für das Amt des Stadtregierungschefs kandidieren, während sein Formelpartner Gustavo Béliz als Kandidat

für das Vizeamt bestätigt wurde. Die Formelpartner stellen sich damit dem Allianzteam aus Ex-Staatsanwalt Anibal Ibarra vom Frepaso sowie der radikalen PAMI-Interventorin Cecilia Felgueras.

Der Ex-Minister dankte in einer ersten Rede seinen Wählern mit den Worten „Wir sind die Formel der Unabhängigen“ und bezog sich dabei auf den Umstand, dass sieben von zehn Personen, die die Primarschule besuchten, in keiner Partei organisiert sind. Der Ex-Wirtschaftsminister unterstrich zugleich die Unterstützung einiger Sektoren der Stadt-PJ. An der telefonischen Abstimmung hatten sich 8.000 PJ-Mitglieder beteiligt. Das Wahlrennen begann bereits am späten Sonntagabend um 22.30 Uhr, als Cavallo und Beliz in der „Reserva Ecológica“ an der Costanera Sur eintrafen, um die Feuerwehrleute zu begrüßen, die dort einen 30 Hektar grossen Brand bekämpften. „Eine schwarze Wolke bedeckt den Himmel von Buenos Aires und es erscheint niemand von der Allianz“, sagte Cavallo.

PAMI-Modell ohne „Zwischenhändler“ Intervention rechnet mit jährlichen Einsparungen von 300 Millionen

Drei Monate nach Beginn der Intervention beim Rentnersozialwerk PAMI geht die Regierung davon aus, dass das neue Modell der sozialen und medizinischen Dienste „erfolgreich“ sein wird, wie ein Sprecher am Wochenende sagte. Die Regierung rechnet demnach mit einer jährlichen Ersparnis von 300 Millionen Pesos. „Es besteht der dringende Verdacht, dass zumindest ein Teil dieser Summe während der Amtszeit des ehemaligen PAMI-Chefs Víctor Alderete für Vermittlerfirmen und Schmiergelder ausgegeben wurde“, erklärte der Sprecher.

Das vor der Einführung stehende Modell sieht im Gegensatz zu dem Alderetes öffentliche Ausschreibungen vor. Das System des alten PAMI-Chef beruhte auf direkten Vertragsabschlüssen ohne Ausschreibungen, die in vielen Fällen nur auf dem Papier existierten. Firmen kassierten auf diese Weise bedeutende Summen für die Vermittlung zwischen dem PAMI und den medizinischen Dienstleistungsunternehmen. Vor einigen Wochen bereits erging der erste Aufruf einer Ausschreibung für ärztliche Dienste. PAMI-Sprecher weisen darauf hin, dass allein die

Einsparung der Zahlungen an die „Zwischenhändler“ rund 100 Millionen Pesos im Jahr beträgt. Das neue Modell gilt vorerst für die Sparten Begräbnisse, Odontologie, Psychiatrie und Betreuung der Malwinenveteranen. Diskutiert wird derzeit, in diese Liste auch bereits die Sparte Geriatrie aufzunehmen.

Allerdings sind in diesem Bereich die allgemeinen Rahmenbedingungen für medizinische Dienste noch nicht geregelt. In der Absicht, sich so weit als möglich von den Skandalen des PAMI zu distanzieren, ließ sich die Allianz ein ungewöhnliches Kontrollsystem einfallen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des PAMI ist die Präsenz einer Sonderabteilung von Buchprüfern der Vereinten Nationen zu vermerken, die künftig zu allen Vertragsabschlüssen Beobachter entsenden wird.

Um weitere Transparenz zu zeigen, hat das Interventorenteam Cecilia Felgueras, Horacio Rodríguez

Larreta und Angel Tonietto veranlasst, dass Unterlagen für bereits abgeschlossene und neue Ausschreibungen im Internet unter „www.pami.org.ar“ einsehbar sind. Zahlungen an Dienstleistungsfirmen werden über offene Sparkonten bei der Nationalbank erfolgen. „Auf diese Art und Weise wird nicht nur jede Art von Unterhändler-Vermittlung ausgeschlossen, da nur an den Dienstleister direkt bezahlt wird, sondern es werden auch Impulse für die PyMEs (Kleine und mittlere Unternehmen) gegeben“, sagte ein PAMI-Sprecher. Die meisten der 3.000 medizinischen Betreuer sowie die Laboratorien des PAMI arbeiteten für PyMEs.

Während der Wahlkampagne der Allianz war das Sozialwerk PAMI immer wieder als Paradebeispiel der Korruption unter der Menem-Regierung genannt worden, weshalb Staatspräsident Fernando de la Rúa unmittelbar nach der Regierungsübernahme als eine seiner ersten Maßnahmen die Intervention des Rentnersozialwerkes startete.

CGT spaltet sich

Buenos Aires (dpa/AT) - Der Gewerkschaftsbund CGT ist am Donnerstag im Streit um eine neue Arbeitsgesetzgebung auseinander gebrochen. Der radikale Flügel der peronistischen Gewerkschaften spaltete sich ab und wählte eine neue Führung unter Leitung des Chefs der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, Hugo Moyano. Dieser lehnt Kompromisse mit der neuen Regierung von Präsident Fernando de la Rúa ab und bezeichnete sich als einzig legitimen Führer der CGT. Die Spaltung des Dachverbandes war nach der Zustimmung des gemäßigten Flügels um Rodolfo Daer zu der neuen Arbeitsgesetzgebung der Regierung unvermeidbar geworden. In der Auseinandersetzung bezichtigten sich die Arbeiterführer gegenseitig des Verrats. Daer hatte der Regierung für die Gewerkschaften wichtige Zugeständnisse abgerungen und daraufhin einen geplanten Generalstreik abgesagt. Moyanos Transportarbeiter und andere radikale Einzelgewerkschaften führten den Streik gegen den Willen des Dachverbandes durch. Das Reformprojekt der Regierung für das Arbeitsrecht sieht unter anderem eine Probezeit von bis zu sechs Monaten bei Neueinstellungen und Öffnungsklauseln für Flächentarifverträge vor. Nach Worten Daers hat Moyano die Unterstützung von 422 Delegierten, während über tausend den gemäßigten Kurs unterstützen. Moyano selbst spricht von 601 Unterstützern im Gewerkschaftskongress.

Sasiain wegen Kindesraubes verhaftet

Buenos Aires (dpa) - Der argentinische General im Ruhestand, Juan Bautista Sasiain (73), ist im Zusammenhang mit Ermittlungen um Kinderraub unter der Militärdiktatur (1976-1983) verhaftet worden. Das berichteten lokale Zeitungen am Freitag voriger Woche.

Sasiain war während der Diktatur auch Chef eines der geheimen Folterzentren. Mehrere hundert Babys verschleppter und später ermordeter Frauen sollen damals von den Militärs mit falschen Geburtsurkunden ausgestattet an interessierte Kameraden weitergegeben worden sein.

Wegen dieses Vorwurfs sitzen bereits mehrere ranghohe Militärs in Untersuchungshaft, darunter der frühere Juntachef Jorge Videla. Der Vorwurf des Kinderraubes wird von der Amnestie für die Militärs nicht erfasst.

Regionalblock in der Nordzone

Vier Gemeinden wollen vereint Wirtschafts- und Sozialprobleme angehen

Buenos Aires (AT) - Ein bisher nicht dagewesenes institutionelles Phänomen wird sich am 10. April in Argentinien vollziehen.

Vier bonaerenser Gemeinden, Vicente López, San Isidro, San Fernando und Tigre, werden sich zur Bildung eines geographischen und politischen Blocks zusammenschließen, der den Namen „Región Metropolitana Norte“ (Nördliche Stadtregion) tragen wird. Ziel dieses Vorhabens ist eine Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner durch die Steigerung der Verhandlungskapazität der Gemeinden gegenüber der Provinzregierung und der Nation bei der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen.

Unter anderem wird der Zusammenschluss der Region ermöglichen, Ermäßigungen der Gemeindesteuern sowie Kredite für öffentliche Bauten der Banco Provincia zu günstigen Bedingungen zu erhalten und einen schnelleren Ausbau der Trink- und Abwasserversorgung zu erreichen. Aber auch andere für die Region wichtige Probleme wie etwa der Bau eines zentralen Terminals für Kurz- und Langstreckenautobusse, die Vergrößerung der Maut freien Abschnitte der Ruta Panamericana und die Verwendung der Ufergebiete am Río de la Plata könnten dann gelöst werden.

Vorbild für den hiesigen Block sind ähnliche Regional-Zusammenschlüsse in Spanien, Frankreich und Italien. Zwei Bürgermeister der Unión, Ricardo Ubieta (Tigre) und Gustavo Posse (San Isidro) besuch-

ten daher 1998 die französische Region Le Havre, die auf einen ähnlichen Block setzt. Damals nahm die Idee eines Zusammenschlusses der vier Gemeinden „der Küste“ Gestalt an, wie sich die vier selbst nennen. Konkret wurden die Überlegungen jedoch erst im Januar dieses Jahres beim ersten „Vierer-Treffen“.

Ubieta von der Nachbarschaftspartei war der Gastgeber, die Gäste Enrique García (Vicente López) von der Allianz und Osvaldo Amieiro vom PJ. Im Februar fand das zweite Treffen in San Fernando und am Montag das dritte in San Isidro statt. Dabei wurde letztlich die Bildung des regionalen Blocks vereinbart, der in knapp drei Wochen in Vicente López unterzeichnet werden soll. Bis dahin müssen noch die Gemeinderäte von Vicente López, San Isidro, San Fernando und Tigre ihr Einverständnis geben.

Die Region hat insgesamt 1.118.000 Einwohner, das Einkommen der Haushalte der vier Gemeinden beträgt jährlich insgesamt 387 Millionen Pesos. Mehr als 70 Prozent der Steuern werden tatsächlich bezahlt und die Armutquoten sind die niedrigsten der ganzen Provinz (Vicente López sechs Prozent, San Isidro sieben).

Zum Vergleich: Im ersten an diese Region angrenzenden bonaerenser Vorort-Gürtel leben rund 32,5 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Allianz-Offensive zum Thema Sicherheit

Ibarra und Mathov für mehr Vollmachten der Polizei

Die Allianz hat endgültig das Thema Sicherheit in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne für die Hauptstadt-Wahlen gestellt. Weniger als zwei Monate vor der Wahl des neuen Stadtregierungschefs am 7. Mai hat Bürgermeisterkandidat Aníbal Ibarra am Montag mehr Vollmachten für die Bundespolizei gefordert um auf diese Weise die steigenden Delikte mit Übergriffen auf die Bevölkerung einzudämmen.

Enrique Mathov, Staatssekretär für Innere Sicherheit in der Allianzregierung, hatte noch am Tag zuvor dafür plädiert, dass die Bundespolizei die Vollmacht zurück-erhält, Verdächtige am Tatort zu verhören. „Ich zweifle nicht daran, dass ein Polizist, der an einen Tatort kommt und dort einen Verdächtigen mit einem noch rauchenden Revolver in der Hand und einer Leiche auf dem Boden antrifft, diesen fragen kann, ob er geschossen hat“, sagte Mathov.

Diese Verhörmöglichkeit wurde der Bundespolizei 1991 entzogen. Derzeit sind die Polizisten nach der vor neun Jahren reformierten Prozessordnung nicht befugt, Verdächtige zu verhören oder deren Erklärungen zu Protokoll zu nehmen.

Erst vor kurzem hatte die Führungsspitze der Bundespolizei, Generalkommissar Rubén Santos und der Chef der Seguridad Metropolitana (Hauptstadt-Sicherheit), Generalkommissar Roberto Galvarino, um die Wiedergewährung die-



Bürgermeisterkandidat Aníbal Ibarra will mehr Sicherheit für Jung und Alt auf den Straßen von Buenos Aires.

ser Vollmacht gebeten, um den Kampf gegen die Kriminalität verbessern zu können.

Der bonaerenser Polizei wurde diese Vollmacht im Februar entsprechend einer Initiative von Gouverneur Carlos Ruckauf durch Gesetz der Provinzlegislative wieder verliehen. Die Bundespolizei untersteht jedoch Mathovs Sekretariat, welches wiederum dem Innenministerium untergeordnet ist.

Am Montag unterstützte Bürgermeisterkandidat Ibarra die Offensive der Regierung in dem er unterstrich, an den Verdächtigen am Tatort gerichtete Fragen seien „problemlos“ möglich - gerade

auch, weil sie Aussagen bei Gericht nicht ersetzen. „Ich bin bereit, der Polizei mehr Vollmachten zu geben. Das bedeutet aber nicht,

ihr einen Blankoscheck auszustellen, durch den Übergriffe und Korruption ermöglicht würden“, sagte der Frepaso-Abgeordnete. Die Regierung ist der Auffassung, dass die Polizei trotz der 1991 reformierten Prozessordnung befugt ist, am Tatort Informationen einzuholen, wenn diese auch in die gerichtliche Voruntersuchung nicht eingeschlossen werden können.

Tatsache ist, dass viele Richter die Gültigkeit von Verfahren, in denen solche Verhöre vorhanden sind, ausnahmslos verneinen. Daher hat die Regierung Justiz- und Innenministerium gebeten, den Text eines Erläuterungsgesetzes zur Reform zu verfassen, welcher der Polizei wieder einen breiteren Handlungsraum garantiert.

Unterdessen hat die Regierung angekündigt, dass in einem Monat die Übertragung der Bundespolizei an die Stadtregierung beginnen wird.

SERVICIOS DIGITALES

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

WOCHENÜBERSICHT

Gedenken an Botschafts-Opfer

Acht Jahre nach dem Bombenattentat auf die Israelische Botschaft in Argentinien ist in Buenos Aires der Opfer der Gewalttat gedacht worden. Im Beisein von Staatspräsident Fernando de la Rúa, Israels Botschafter Itzhak Avirán sowie Vertretern der jüdischen Organisation B'Nai B'rith wurde am Freitag an der Strassenkreuzung Arroyo und Suipacha, wo einst die diplomatische Vertretung des Landes stand, der „Platz der israelischen Botschaft“ eingeweiht. Bei dem noch immer ungeklärten Terroranschlag starben am 17. März 1992 21 Menschen.

„Peronistische Fahnen“

Mit einem Aufruf zur Rückbesinnung auf „alte peronistische Fahnen“ und einer entschiedenen Ablehnung der Arbeitsreform hat Irma Roy am Wochenende ihre Kandidatur für die Wahlen zur Stadtregierung am 7. Mai als unabhängige PJ-Kandidatin verkündet. Formelpartner von Roy ist der Musiker José Luis Castiñeiro de Dios.

Wahlsplitter I

Die Partido de los Trabajadores Socialistas (PTS, Partei der sozialistischen Arbeiter) hat unter dem Motto „Unterstütze Kämpfer“ Susana Sacchi und Christina Castillo als Kandidaten für die Stadtregierung vorgestellt. Sacchi sagte, dass die PTS in ihre Liste „Arbeiter, kampflustige Studenten und Kämpfer für die Menschenrechte“ aufnehmen wolle.

Wahlsplitter II

Im Rahmen einer Versammlung hat die Partido Obrero (PO, Arbeiterpartei) zu Wochenbeginn ihre Kandidatenliste vorgestellt. Der Wirtschaftler und Universitätsdozent Pablo Rieznik kandidiert demnach für das Amt des Regierungschefs der Stadt, während Jorge Altamira zum ersten Abgeordneten kandidaten gekürt wurde. Rieznik rief „Arbeiter, Jugend, Frauen und fortschrittliche Bürger“ auf, eine „unabhängige Opposition“ zu bilden.

Wahlsplitter III

Die Partido Federal (PF, Bundespartei) hat am Sonntag die Liste der Abgeordneten kandidaten für die Stadt vorgestellt. An erster Stelle steht der PF-Vorsitzende Martín Borrelli, gefolgt von Paula María Bertol, Ricardo Martínez, Gustavo Forgione und Victoria Bitar de Fernández. Die Ver-

sammlung bestätigte ihre Allianz mit den Parteien Demócrata, Popular Independiente (Unabhängige Volkspartei) und Acción por la República sowie die Unterstützung der Kandidatur Domingo Cavallos.

Cavallo-Schachzug

Die Ex-Angehörige des De la Rá-Flügels in der UCR, Marta Oyhanarte, wird als Spitzenkandidatin für die Liste der Stadtabgeordneten der Acción por la República (AP) gehandelt. Oyhanarte fehlt nur noch das endgültige Einverständnis von AP-Chef Domingo Cavallo. Der Ex-Wirtschaftsminister setzt auf bestehende Unterstützung durch Peronisten und will mit Oyhanarte radikale Wähler binden.

Begnadigungsgesuch

Der Allianzpolitiker Ramón Torres Molina hat am Dienstag im Abgeordnetenhaus ein Gesetzesprojekt präsentiert, mit dem die Angreifer auf die Kaserne La Tablada begnadigt werden sollen. Von dem Straferlass ausgeschlossen bliebe demnach jedoch der Chef der MTP-Guerrilla und Ex-ERP-Boss Enrique Gorriarán Merlo. Bei dem Überfall auf die Kaserne im Januar 1989 waren 39 Personen ums Leben gekommen.

Domínguez vor Gericht

Der menemistische Ex-Verteidigungsminister und ehemalige Bürgermeister von Buenos Aires Jorge Domínguez ist am Dienstag von der Untersuchungsrichterin María

Gabriela Lanz vernommen worden. Gegen Domínguez laufen Ermittlungen wegen betrügerischer Verwaltungsführung. Es geht um den nicht zustande gekommenen Verkauf eines der Stadt gehörenden Gebäudes und den Umstand, dass Domínguez seinerzeit nicht befugt war, den Verkauf anzuordnen.

María Julia-Foto

Die konservative britische Zeitung „The Times“ und die Londoner Ausgabe der „The Internatio-

nal Herald Tribune“ haben in dieser Woche ihre Artikel über Korruption in Argentinien mit dem berühmten Foto der in Pelz gewandenen María Julia Alsogaray bebildert. Hervorgehoben wurde im Text, dass „mindestens 30 ehemalige Amtsträger der Menem-Regierung dringend verdächtig sind, einige Millionen Dollar öffentlicher Mittel aus der Staatskasse in ihre eigene Taschen umgeleitet“ zu haben.

Zwei Millionen Waffen in Privatbesitz

Der Verkauf von Schusswaffen ist im vergangenen Jahr in Argentinien um gut ein Viertel gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Nach offiziellen Zahlen wurden 1999 im legalen Handel demnach 61.305 Waffen verschiedener Gattungen verkauft, rund 27 Prozent mehr als die knapp 44.000 im Jahr 1998. Statistisch gesehen bedeutet dies einen täglichen Absatz von 168 Waffen, oder eine Waffe alle zehn Minuten.

Entsprechend den Zahlen des Registro Nacional de Armas (ReNar, Nationales Waffenregister) befanden sich Ende 1999 insgesamt 1.938.462 Waffen im Besitz von Zivilpersonen. Nicht eingeschlossen in dieser Statistik ist der Waffenbesitz von Polizei- und Militärangehörigen, ebensowenig wie Schätzungen über die Anzahl der auf dem Schwarzmarkt gehandelten Waffen.

Fast alle Geräte wurden im hiesigen Fachhandel erworben, ein kleiner Teil wurde von Privatpersonen gehandelt und andere wurden legal aus dem Ausland in Argentinien eingeführt.

Die Schätzungen über die Zahl der illegalen, also nicht registrierten Waffen belaufen sich nach unterschiedlichen Quellen auf 100.000 bis zu zwei Millionen. Sowohl Justiz als auch Polizei sind sich einzig darin einig, „dass es immer leichter wird, an eine Waffe zu kommen“.

Für einen Waffenbesitz muss in Argentinien eine Bewilligung beim dem Verteidigungsministerium unterstellten ReNar beantragt werden.

INVIERTA EN DIAMANTES

KOH-I-NOOR



NUEVA LINEA DE HELADERAS Y FREEZERS

Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia de Buenos Aires - Argentina.
Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.

KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.



Auftakt zu den Stadtwahlen

Im Verlauf der Vorwoche haben die drei massgebenden Parteien ihre Kandidaten für die Ämter des Regierungschefs bzw. des Vize aufgestellt. Die Wahlen finden sowohl für diese Ämter als auch für die Stadtlegislative am 7. Mai statt. Für das Parlament bleibt es bei den Proporzahlen kraft sogenannten Bettuchlisten („listas sábana“), wie es durchweg alle Parteivorstände wünschen, damit sie die Kandidaten nominieren können. Bezirkswahlen zur Profilierung parteiunabhängiger Kandidaten bleiben verpönt.

Die regierende Allianz geht mit Aníbal Ibarra, Vorsitzender der Legislative namens des kleineren Koalitionspartners Frepaso, als Hauptkandidat sowie als Vizeregierungschef mit Cecilia Felgueras, Parteiradikale und jetzige Sozialsekretärin in der Nationalregierung sowie Interventorin der Krankenkasse der Rentner (PAMI), in den Wahlkampf. Die Allianz der UCR mit dem Frepaso hatte schon Ende 1998 vereinbart, dass der Kandidat für das Wahlamt des Regierungschefs dem Frepaso zufällt. Ibarra gewann die Internwahl im Frepaso gegen den früheren Aussenminister Alfonsíns, Dante Caputo, der inzwischen zur sozialistischen Partei hinübergewechselt ist. Diese Partei ist Bestandteil des Frepaso. Cecilia Felgueras hat sich als eine junge und forschende Politikerin entpuppt, die das Vertrauen Präsident de la Rúa genießt. Angeblich übt sie Anziehungskraft auf die Wähler aus, obwohl sie bisher nie an einem Wahlfeldzug teilgenommen hat. In den Umfragen führten die Allianz Kandidaten mit über 40 Prozent der Wählerabsichten. Für den Wahlsieg in der ersten Runde sind 50 Prozent plus einer Stimme vonnöten.

Mit besonders intensiver Publizität hat die jüngste Allianz zwischen dem Exwirtschaftsminister Domingo F. Cavallo für seine Hauspartei der Republikaner (AP) und dem Exinnenminister Gustavo Béliz für

seine Hauspartei der neuen Führung (ND) am vergangenen Wochenende eine originelle Internwahl per Telefon abgehalten. Sie ergab mit 67.000 telefonisch abgegebenen Stimmen eine bemerkenswert hohe Wahlbeteiligung, ungleich mehr als die Internwahlen der UCR-Frepaso-Allianz und der Justizialisten (PJ). Cavallo siegte mit knapp mehr als 60 Prozent über Béliz mit fast 40 Prozent. Mehr als 7.000 Stimmen waren ungültig. Die neuartige Methode, Internwahlen per Telefon abzuhalten, mag gelegentlich Schule machen. Sie ist effizienter und billiger als die traditionellen Internwahlen mit Wahltschen und Fraktionsvertretern zwecks Kontrolle möglichen Wahlschwindels.

Ibarra und Cavallo werden laut Umfragen die Wahlen polarisieren. Als Dritter im Bund geht der frühere Justizminister Raúl Granillo Ocampo aus La Rioja als Kandidat für das Amt des Regierungschefs namens der Justizialistischen Partei ins Rennen. Ihn begleitet der Publizist Aníbal Jozami, nachdem andere Kandidaten die Aufstellung abgelehnt hatten. Sollte es zu einer Zweitwahl kommen, so dürften die justizialistischen Stimmen entscheiden, ob Ibarra oder Cavallo gewählt wird.

Unterdessen läuft der Wahlfeldzug mit drei Hauptkandidaten und zahlreichen Anwärtern auf legislative Wahlämter sowie mehrere Nebenfiguren, die zur Kategorie „ferner liefen“ gezählt werden und deren Stimmen ebenfalls zur Entscheidung in einer Zweitwahl beitragen. Für die Regierung der Allianz, die seit 1996 die Stadt Buenos Aires verwaltet, für das Tandem Cavallo-Béliz und für die Justizialisten steht beachtliches politisches Kapital auf dem Spiel. Alle müssen sich bemühen, damit sie die Wahlen gewinnen bzw. möglichst viele Wähler überzeugen. In der Bundeshauptstadt entscheiden ungebundene Wechselwähler, wer die Wahlen gewinnen wird.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die Zinsbaisse

Zuerst fiel die Länderrisikoprämie, die argentinische Schuldpapiere im Ausland zahlen, dann folgten einige Zinssätze im Inland. Die Zinsbaisse ist jetzt unterwegs. Als Länderrisikoprämie mussten argentinischen Staatstitel im Vorjahr bis 1.200 Basispunkte (12%) über gleichlange US-Titel, genannt „treasuries“, bezahlen, weil Argentinien als nicht zahlungsfähig eingestuft wurde. Diese Prämie fiel zum Jahresende, nachdem Fernando de la Rúa die Präsidentschaft angetreten und sich zum Ziel gesetzt hatte, das ausufernde Defizit im Staatsbereich fühlbar zu senken und bis 2002 zumindest im nationalen Schatzamt auszuräumen. Argentinische Papiere lagen dort gelandet, wo die Prämie vor der ostasiatischen Finanz- und Währungskrise ab Mai 1997 in Thailand lag. Das ist sicherlich erfreulich, reicht aber für eine Sanierung der Zinsstrukturen nicht aus. Chile bezahlt beispielsweise weniger als 100 Basispunkte, wenn keine finanzielle Krise in der Welt droht, und gegebenenfalls rund 200 Basispunkte bei fallenden Kupferpreisen und Krisenszenarien in anderen Ländern wie 1999. Chile genießt ausgeglichene Staatsfinanzen seit 15 Jahren.

den von der Rating-Agentur überraschenderweise trotz der maroden Banken mit „investment grade“ benotet, welche Kategorie in Lateinamerika auch Chile und Uruguay geniessen.

Argentinien liegt darunter mit der Benotung spekulativer Anlagen, ebenso wie Brasilien, weil die Fiskaldefizite beider Länder als zu hoch für eine langfristige Zahlungsfähigkeit eingestuft wurden. Eine Zahlungseinstellung („default“) wurde unterschwellig als durchaus möglich angesehen, weshalb die Benotungen auf spekulativ lautete und die Länderrisikoprämie hoch war. Mit 450 Basispunkten ist Argentinien etwa dort gelandet, wo die Prämie vor der ostasiatischen Finanz- und Währungskrise ab Mai 1997 in Thailand lag. Das ist sicherlich erfreulich, reicht aber für eine Sanierung der Zinsstrukturen nicht aus. Chile bezahlt beispielsweise weniger als 100 Basispunkte, wenn keine finanzielle Krise in der Welt droht, und gegebenenfalls rund 200 Basispunkte bei fallenden Kupferpreisen und Krisenszenarien in anderen Ländern wie 1999. Chile genießt ausgeglichene Staatsfinanzen seit 15 Jahren.

Nach dieser erstaunlichen Baisse der Länderrisikoprämie meldeten drei Banken in der Vorwoche überraschenderweise Hypothekarzinsen von 9,5% mit Laufzeiten bis 30 Jahre an, so dass die Schuldner sich mit 1% im Monat für Zinsen, Prämie der Lebensversicherung und Kapitaltilgung verpflichten konnten. Etwa so viel wird für Mieten bezahlt, ohne dass das Eigentum der Wohnung blüht wie beim Hypothekarkredit. Dem folgte die HSBC und die Banco de Galicia mit einem Angebot von 9,4% und Laufzeiten bis sogar 40 Jahre und schliesslich die Banco Francés mit noch niedrigeren Zinssätzen. Auslandsbanken wie Santander, die die Banco Río besitzt, refinanzieren sich drüben zu niedrigen Zinssätzen und können die Zinsmarge halten, allerdings unter Berücksichtigung der Länderrisikoprämie. Die Nachfrage auf bezahlte Anzeigen und Rundfunkpropaganda war entsprechend gross und zunehmend. Solche einstellige Hypothekarzinsen gab es in Argentinien nur vor 60 Jahren oder allenfalls später im Inflationsumfeld mit Staatssubventionen kraft Geldschöpfungen der Zentralbank.

Die inländische Zinsbaisse

folgte der Ankündigung des Unterstaatssekretärs für Finanzen, Daniel Marx, auf dem Fuss, als er in der Vorwoche mitteilte, dass das Finanzierungsprogramm des Schatzamtes für 2000 bis zur Jahresmitte gedeckt sei, so dass sich das Schatzamt aus dem lokalen Geld- und Kapitalmarkt zurückzieht. Vorher hatten die Geschäftsbanken, Geldmarktfonds und Rentenkassen ihre liquiden Mittel vorzugsweise in Staatspapiere angelegt, was sie vorerst mangels offizieller Nachfrage unterlassen müssen. Sie müssen daher vermehrt neue Bankkunden ansprechen, angefangen mit Hypothekendarlehen.

Die Zinsbaisse hatte vorher auf die Renditen neuer Staatspapiere abgefärbt, die sukzessive zu fallenden Zinssätzen untergebracht werden konnten. Allein seit Jahresbeginn sparte das Schatzamt über 2% an Zinskosten ein. Zuletzt refinanzierte das Schatzamt die kurzfristigen Schuldverschreibungen, im Kürzel genannt „Letes“, mit Zinssätzen von 6,7% für 30 Tage, 7,8% für 60 und 8,15% für 90 Tage, die 1%, 0,60% bzw. 1,50% weniger als die vorherige Letesemission darstellten. Das Angebot von über \$ 1,0 Mrd. für diese Refinanzierung zeugte von

der Liquidität im Bankgewerbe.

Mit der Ankündigung von Marx, dass sich das Schatzamt vorerst nicht am lokalen Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren und danach in gewissen Zeitabständen wieder präsent sein wird, soll die Furcht vor dem sogenannten „crowding out“-Effekt beseitigen, die am Platz aufgekommen war. Gemeint ist die Tatsache, dass das Schatzamt Gelder aus dem Markt abschöpft, die danach den privaten Schuldnern nicht zur Verfügung stehen. Die Zinsbaisse bezugte, dass dieser Effekt nicht mehr wirksam ist.

Bei fünfjähriger Nullinflation sind die bisherigen Zinssätze in der argentinischen Wirtschaft keinesfalls tragbar. Verschuldete Unternehmen werden vielfach in den Konkurs getrieben, müssen Partner suchen oder verkaufen, um der Pleite zu entgehen. Staatliche Schuldner werden ebenfalls in die Enge getrieben, wie es zumal mehrere Provinzregierungen erfuhren, die sich zunehmend kurzfristig mit Garantie der Steuerbeteiligung

(„coparticipación“) und zu hohen Zinssätzen verschuldet haben.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung beruht auf der Voraussetzung, dass die Zinssätze fallen müssen, damit die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Der obwaltende Konjunkturpessimismus bei schwerfälligen Umsätzen und deutlicher Konsumentenunlust kann erst weichen, wenn neue Investitionen, angezettelt durch fallende Zinsen, und vermehrte Exporte die Konjunktur beleben und den Konsum in Bewegung setzen. Das erfolgt freilich nicht über Nacht, weil einige Banken einstellige Hypothekenzinsen anbieten, sondern bedarf einer Reifezeit, bis auch andere Kredite billiger als bisher verzinst werden, insbesondere Pfandkredite für dauerhafte Konsumgüter, Darlehen für Investitionsprogramme und Umlaufkapital sowie Personalkredite, die bisher vielfach zu Wucherzinsen vergeben werden. Unterdessen muss man durchhalten, bis sich die Zinswende durchsetzt.

Initiativen zur Regulierung des Erdölmarktes

Es war vorauszusehen, dass die Hausse beim Rohöl und als Folge auch von Benzin und Dieseltreibstoff, politische Konsequenzen haben würde. Wirtschaftsminister Machinea ging sogar so weit, diese Preiszunahmen als einen entscheidenden Faktor für das Andauern der Rezession zu bezeichnen. Während Energieminister Daniel Montamat die bestehende marktwirtschaftliche Erdölordnung retten will, tauchen im Parlament verschiedene Initiativen auf, um der Hausse Einhalt zu gebieten. Am extremsten ist die von Senator Jose Genoud (UCR, Mendoza), der zur staatlichen Preisfestsetzung zurückkehren will.

Andere haben die starke Konzentration der Branche als den Kernpunkt des Problems gesehen. In diesem Sinn hat die Regierung schon Repsol-YPF ihrer Tochtergesellschaft Astra (EG3) sofort abzustossen, wie es bei der Übernahme von YPF vereinbart worden war. Ausserdem sollen die Verträge der grossen Erdölgesellschaften mit den Tankstellenkonzessionären untersucht werden. Im Parlament war davon die Rede, den grossen Erdölgesellschaften eigene Tankstellen

zu verbieten, eine Initiative, die jedoch fallen gelassen wurde. Das alles löst indessen das Problem nicht, das nicht in den Margen der Tankstellen beruht, sondern im Rohölpreis, der weltweit gestiegen ist, wobei die argentinischen Firmen dann intern auch diesen Preis berechnen. Wenn der interne Preis somit unter dem internationalen Preis minus Transportkosten liegt, dann werden die Unternehmen vorzugsweise exportieren. So funktioniert der Markt.

Jetzt hat eine Gruppe von Abgeordneten des Justizialismus (Humberto Roggero, Oscar Lamberto und Mario Cafiero) ein Projekt eingeleitet, das auf dem Gedanken fusst, ab einem bestimmten Rohölpreis für Exporte einen Exportzoll einzuführen, der beweglich sein soll, also bei steigenden Preisen zunimmt. Gleichzeitig soll die Steuer auf Benzin und Dieseltreibstoff auch beweglich gestaltet werden und bei steigendem Rohölpreis gesenkt werden. Für den Fiskus soll die Rechnung neutral aufgehen. Auf diese Weise würde der interne Rohölpreis unter dem internationalen Preis liegen.

Dieses Projekt fusst auf dem Gedanken, dass bei ausserordent-

lichen Preissteigerungen des Rohöls der Staat einen Teil des Gewinnes, der dadurch entsteht, abschöpfen muss, wobei dann gleichzeitig der interne Preis für Benzin und Dieseltreibstoff stabilisiert würde, was für die Wirtschaft positiv wäre. Dem Argument, dass dadurch die Investitionen gebremst werden, wird entgegnet, dass ein anormal hoher Preis, der voraussichtlich

Berhongaray fordert Sanktionen

Der Staatssekretär für Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Ernährung, Antonio Berhongaray, selber Landwirt in der Provinz La Pampa, seit 1983 sukzessive Senator und Deputierter für seine Provinz, hat in der Vorwoche einen ungewöhnlich scharfen Ton angeschlagen, als er vor Landwirten in Entre Ríos sprach. Es sei Wahnsinn, dass wir Nahrungsmittel aus Ländern konsumieren, die ihre Produktion subventionieren. „In dieser Angelegenheit müssen wir sehr hart sein.“ Er forderte die Deputierten und Senatoren auf, die Möglichkeit zu studieren, per Gesetz den Import von Nahrungsmitteln aus diesen Ländern zu verbieten. Man müsse dort hinhauen, wo es ihnen am meisten weh tue, nämlich bei emblematischen Waren; es sei eine Schande, dass in unseren Supermärkten französischen Käse verkauft werde, auch wenn er noch so gut schmecke.

Berhongaray forderte, dass Argentinien die Verteidigungsinstrumente benutze, die innerhalb der WHO-Normen bestehen, wie z.B. die Erhöhung des Zollsatzes für verarbeitete Nahrungsmittel aus Ländern, die als „Verletzer der WHO“ bezeichnete, auf 35%, und eventuell die Einführung von Strafzöllen. Er versprach diese Art Massnahmen in Kürze bei Schweinefleisch zu ergreifen, das von ausserhalb des Mercosur eingeführt werde. Was den Mercosur betreffe, so erinnerte er daran, dass der bilaterale Handel mit Brasilien bei landwirtschaftlichen Produkten bei fünf zu eins zu Gunsten Argentinien liege. Dennoch sei bemerkt, dass Brasilien auch Schweinefleisch indirekt, über eine billige Finanzierung, subventioniert. Brasilien hat sich jetzt angeblich verpflichtet, die Exporte auf diesem Gebiet nicht zu erhöhen, womit die Lieferungen in Bezug auf den Gesamtverbrauch, die bei 15% liegen, nicht weiter vordringen würden. Er legte den Akzent deutlich auf Drittländer. Was Schweinefleisch, plus Schin-

bald zurückgehen wird, keine Investitionen fördert.

Die Frage, die sich hier stellt ist praktischer Natur: Ab welchem Preis wird die Exportsteuer wirksam? Angeblich sollen es schon 15 Dollar sein, was sehr niedrig wäre. Angemessen erscheint eher ein Preis von 25 Dollar, da international angenommen wird, dass Schwankungen bis zu diesem Punkt normal sind.

ken und Wurstwaren betrifft, so betrug der Import letztes Jahr 66.000 t, von denen 30% von ausserhalb des Mercosur stammen, nämlich aus Dänemark, Spanien, Italien, Kanada, USA und den Niederlanden.

Die Welthandelsorganisation ist verpflichtet, dieses Jahr das Abkommen von Marrakesch (April 1994) in Bezug auf Subventionsabbau zu prüfen. Es ist wichtig, dass Argentinien sich um diesen Fall kümmert, da es zweifelhaft erscheint, dass die Exportsubventionen wirklich so verringert wurden, wie es vereinbart worden war. Denn der Gesamtbetrag der Subventionen für die Landwirtschaft der OECD-Staaten ist mit US\$ 350 Mrd. jährlich etwa konstant geblieben. Wenn die WHO das Abkommen verletzt hat, darf Argentinien zu Repressalien greifen, die in erster Linie in Sonderzöllen für Markenprodukte bei Nahrungsmitteln, aber auch bei anderen Waren, die den hochentwickelten Staaten weh tun, bestehen müssen.

Berhongaray ist wohl der erste hohe Beamte, der genau in diese Richtung zielt. Bisher blieb es stets beim entrüsteten Protest; aber man hatte Angst vor Repressalien, wie sie die USA laufend und mit Erfolg verhängen. Jetzt bahnt sich eine neue Einstellung zu dieser Problematik an.

Argentinien, Brasilien und die gegenseitigen Investitionen

Der Unternehmer Eloi Rodriguez Almeida, Vorsitzender der privaten „Gruppe Brasilien“, wies darauf hin, dass den Niederlassungen argentinischer Firmen in Brasilien, über die so viel Lärm in der Öffentlichkeit entstanden ist, viel mehr Unternehmensgründungen brasilianischer Firmen in Argentinien gegenüberstünden. Das ist ein neuer Gesichtspunkt in dieser

Diskussion, wobei diese Firmenbewegung in beiden Richtungen im Wesen eine direkte Konsequenz des Mercosur ist, die positiv angesehen werden muss.

Gemäss offiziellen Zahlen sind es 28 lokale Unternehmen, die nach Brasilien umgezogen sind. Der Vorsitzende des Industrieverbandes „Unión Industrial Argentina“, Osvaldo Rial, sprach von 100, was Wirtschaftsminister Machinea mit Recht als Unfug bezeichnete. Laut Rodriguez Almeida handelt es sich in den meisten Fällen um die Übertragung von Produktionslinien, nicht aber um die Schliessung einer Fabrik. Dieses Phänomen sei vornehmlich bei den Fabrikanten von Zubehörteilen der Kfz-Industrie bemerkbar, die eben von den Entscheidungen dieser Unternehmen abhängen. Wenn zum Beispiel eine Kfz-Fabrik beschliesst, ein Modell in Brasilien zu erzeugen, dann neigen die Lieferanten auch dazu, dorthin überzusiedeln. Bei diesen Verlegungen auf Brasilien handelt es sich meistens um multinationale Unternehmen, die ohnehin ständig die Produktion bestimmter Güter von einem Ort und Land auf ein anderes übertragen, um Kosten zu senken.

Diese Firmen reagieren sehr sensibel auf Steuervergünstigungen, die die brasilianischen Bundesstaaten sehr grosszügig gewähren, obwohl sie dies vom Standpunkt des Haushaltes gewiss nicht

verkräften können. Argentinien protestiert dagegen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Rodriguez Almeida wies darauf hin, dass ab 1995 um die 300 brasilianischen Firmen, die zu 100% Personen gehören, die in Brasilien wohnhaft sind, sich mit Betrieben in Argentinien niedergelassen haben. Dies stellt eine Gesamtinvestition von US\$ 6 Mrd. dar und hat 11.000 Arbeitsplätze geschaffen. Für dieses Jahr erwartet er die Niederlassung von weiteren vier oder fünf Grossunternehmen, mit einer Investition um die US\$ 4 Mrd. Rodriguez Almeida beziffert die argentinischen Investitionen in Brasilien auf nur US\$ 2 Mrd. Was hier nicht gesagt wird, ist dass die brasilianischen Unternehmen, die in Argentinien investieren, dabei ihre lokale Produktion nicht aufgeben, während gerade dies bei den argentinischen, die nach Brasilien gehen, ganz oder teilweise der Fall ist.

Die „Gruppe Brasilien“ verhandelt gegenwärtig mit der brasilianischen Entwicklungsbank (BNDES) über eine Kreditlinie von US\$ 3 Mrd. für die Finanzierung brasilianischer Unternehmen in Argentinien. Die „Gruppe Brasilien“ befasst sich u.a. mit der Schaffung von Joint-ventures brasilianischer Unternehmen, die in Argentinien investieren wollen, und hilft ihnen dabei mit der Finanzierung.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,2% auf 616,99, der Burcapindex um ebenfalls 0,2% auf 1.144,46 und der Börsenindex um 0,1% auf 21.506,16.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,6% auf \$ 0,7995.

Die Gold-, Devisen- und Anlage-reserven der ZB betrugen am 14.3. \$ 26,28 Mrd., der Banknotenumlauf 14,24 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,50 Mrd. bzw. 14,55 Mrd., vor einem Monat \$ 25,96 Mrd. bzw. 14,65 Mrd.

AFAT, der Verband der Traktorenfabriken, gab bekannt, dass der Absatz von Traktoren 1999 im Vor-

jahresvergeblisch von 4.740 auf 2.433 um 50% zurückgegangen ist. Der Absatz 1998 war bereits um 10% geringer als der von 1997.

Das Wirtschaftsinstitut der Unternehmeruniversität UADE hat ermittelt, dass die Industrieproduktion im Februar um 4% über jener des gleichen Vorjahresmonates lag. Der Vergleich der beiden ersten Monate des Jahres ergibt ebenfalls eine Zunahme von 4%, während im Februar 2000 saisonbedingt um 4,5% weniger erzeugt wurde als im Vormonat.

R. Sollito, Vorsitzender des Verbandes argentinischer Versicherungsgesellschaften, hat im Namen der Branche die Regierung ersucht, die mit Dekret 1061 für das Rückversicherungsinstitut INDeR festgelegten Zahlungsfristen einzuhalten. Die Fristen seien abgelaufen und der Staat befinde sich dem Recht nach in Zahlungsverzug.

Die Wirtschaftsführung stehe vor dem Abschluss der Verhandlungen mit Privatbanken über die Ge-

Randglossen

Gouverneur Carlos Ruckauf von Buenos Aires hat sich schliesslich durchgesetzt, als er das Gesetz teilweise vetierte, durch das die Polizei ermächtigt wird, Verbrecher am Tatort auszufragen, was ihr bisher untersagt war. Die polizeilichen Ermittlungen werden dem Prozess vor Gericht einverleibt. Das vom Parlament verabschiedete Gesetz hatte letzteres verboten. In der Legislative müssten die Parlamentarier der Allianz eine Zweidrittelmehrheit mustern, um das Veto auszuradieren, was ihnen kaum gelingen dürfte. Inzwischen wissen alle Verbrecher der Provinz, dass die Polizei sie ausfragen wird, wenn sie rauben oder morden und erwischt werden und dass die Justiz dieses Beweismaterial berücksichtigen wird. Bisher konnten sie jede Aussage verweigern und dem Gericht die Beweismittel hinterziehen, damit sie nach verübtem Verbrechen auf freiem Fuss weiter rauben und morden konnten.

Nahezu gleichzeitig mit Ruckauf hat Präsident de la Rúa die gegenteilige Entscheidung gefällt. Sicherheitssekretär Mathov hatte sich für die Ermächtigung der Bundespolizei eingesetzt, damit sie ebenso wie in der Provinz Buenos Aires Verbrecher am Tatort ausfragen und die Ermittlungen der Justiz übergeben, doch der Präsident lehnte das ab, so dass die Bundespolizei machtlos zusehen muss, wie Verbrecher rauben und morden, ohne dass sie am Tatort ausgefragt werden dürfen. Den Richtern, die verhaftete Verbrecher aburteilen, entgeht dadurch wertvolles Beweismaterial. Die Erfahrung zeigt weltweit, dass erwischte Verbrecher am Tatort mehr aussagen als nachher, wenn ihre Rechtsanwälte ihnen die Prozessschliche beibringen, um mangels Beweisen befreit zu werden. De la Rúa hat sein Ohr den sogenannten Garantisten in seiner Regierung geschenkt, die sich um die Garantien der Verbrecher kümmern und deren Opfer ihrem Schicksal überlassen, geraubt oder gemordet zu werden.

währung eines Kredites von \$ 1,2 Mrd. für den Treuhandfonds für die Provinzen die ihr Defizit verringern, wie Staatssekretär M. Bein bekanntgab. Der Zinssatz würde weit unter den 13,75% liegen, die für eine Laufzeit von 10 Jahren erwähnt wurden. 7 Provinzen haben sich bereits verpflichtet, ihr Defizit im Durchschnitt um 60% einzuschränken, wofür sie vom Treuhandfonds Finanzunterstützungen für \$ 1,07 Mrd. erhalten.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) will säumigen Steuer- und Sozialversicherungszahlern die Amtswege für ihre Wiedereingliederung in Moratorien, Kontoeröffnungen, Aufhebung von Pfändungen usw. erleichtern. Bisher waren diese Erledigungen von den jeweiligen Regionaldirektoren abhängig, die Garantien für die Aufhebung von Pfändungen und 5% Baranzahlung forderten. Der neue AFIP-Beschluss ordnet den Regionaldirektoren an, dass sie alle Moratoriumsansuchen annehmen müssen, ausser bei Straffällen, und dass sie Pfändungen und Vollstreckungen aufheben.

Die australische Prime Television hat ihre Verkaufsabsicht von 50% der Azul Televisión für US\$ 66 Mio. bestätigt. Die J.P. Morganbank, die beauftragt ist, einen Käufer zu suchen, setzt einen erfolgreichen Abschluss voraus.

Die Molkereigenossenschaft Manfrey gab den Bau einer neuen Fabrik auf dem Werksgelände ihrer

Milchverarbeitung in Freyre, Provinz Córdoba, bekannt. Die Investition beträgt \$ 4 Mio.

Die Zeitung „The Wall Street Journal“ berichtet, dass Argentinien mit China ein Abkommen unterzeichnet hat, durch das es den Eintritt Chinas in die WHO unterstützt. China hat schon ähnliche Abkommen mit Kolumbien, USA und Chile abgeschlossen. Für Argentinien ist der Beitritt von China zur WHO sehr wichtig, da China ein grosser Markt für Mais u.a. Produkte darstellt und voraussichtlich in der WHO gegen die Subventionierung der Landwirtschaft eintreten würde.

Die Consulting-Firma Price and Cooke gab bekannt, dass 1999 in Argentinien 450.000 personal-Computer (PC) verkauft worden sind, womit der Gesamtbestand auf 2,22 Mio. angestiegen ist. 1990 gab es in Argentinien nur 130.000 PC. Der Umsatz lag mengenmässig um 7% über 1998. Die Firma Compaq berichtet, dass sie 1999 doppelt so viele PC wie im Vorjahr verkauft hat, wobei dies jedoch wegen der Preisverringerung eine Umsatzsteigerung von nur 60% darstellt. Vor drei Jahren kostete die billigste PC um die \$ 2.000, 1998 um die \$ 1.300 und jetzt sind es um die \$ 1.000. Was den Umsatz vorantreibt ist besonders der Aufschwung des Internet. In Argentinien gibt es um die 850.000 Internet-Kunden, wobei diese Zahl monatlich um 4% zunimmt. Die Herabsetzung der Tarife hat sich hier auch ausgewirkt.

Die Supermarktkette Wal Mart hat beschlossen, ihren lokalen Grossistensupermarkt Sam's Club (der mit Makro konkurriert) zu schliessen und die Lokale an die US-Firma Home Depot zu verkaufen, die hier besonders mit Easy (von Jumbo) konkurrieren will.

Durch Beschluss 797/00 der AFIP (Amtsblatt vom 13.3.00) wird verfügt, dass die Firmen, die eine Steuerbegünstigung in Form von Zahlung der MwSt. u.a. Steuern zu einem späteren Termin (normalerweise 10 Jahre) erhalten, eine Garantie vorlegen müssen, die in einer Bankgarantie, einer Kautions öffentlicher Titel, einem Pfand, einer Hypothek, einer Versicherungsgarantie oder einer Provinzgarantie auf der Grundlage der Beteiligung an Nationalsteuern bestehen muss.

Die Bekleidungskette Modart hat eine gerichtliche Gläubigerversammlung einberufen. Dies erscheint als eine Konsequenz der Niederlassung ausländischer Firmen der Branche, wie die chilenische Johnson und die spanische Zara, die sehr aggressiv auf dem Markt aufgetreten sind.

Die Firma Comercial del Plata, das Flaggschiff der Soldati-Gruppe, meldet für 1999 einen Verlust von \$ 235 Mio. Der Buchwert der Aktiven wurde um \$ 100 Mio. verringert; ferner wirkte sich der Verlust des Tochterunternehmens „Tren de la Costa“ aus. Die Erdölfirma der Gruppe, Compañía General de Combustibles konnte von der Erdölhaushalt nicht profitieren, da sie Erdöl zu niedrigen Preisen vorverkauft hatte.

Die Firma Alpagatas wies 1999 einen Verlust von \$ 231 Mio. aus. Das Kapital der Gesellschaft liegt jetzt bei \$ 2 Mio. und das negative Nettovermögen bei \$ 203 Mio. Das Unternehmen hat einen Umstrukturierungsplan für die Schulden eingeleitet, bei dem Finanzanstalten \$ 400 Mio. von Forderungen von \$ 640 Mio. kapitalisieren, und dabei 93% des Aktienkapitals erhalten.

Die Gesamtausgaben für Werbung lagen 1999 um 2,3% unter 1998, wobei das letzte Quartal eine Zunahme von 0,1% verzeichnet. Die Angaben stammen von der Consultig-Firma Exante. Von insgesamt \$ 3,84 Mrd. gingen \$ 1,37 Mrd. an das Fernsehen, \$ 1,68 Mrd. an Zeitungen und Zeitschriften, \$ 204 Mio. an den Rundfunk der Bundeshauptstadt, weitere \$ 204 Mio. an Strassenplakate und \$ 54 Mio. an Kinopropaganda.

Die US-Firma Duke hat den Kauf der Beteiligung der nordamerikanischen Dominion Resources von 98% an Hidroeléctrica Cerros Colorados (425 MW) und von 54% Central Térmica Alto Valle (98 MW) abgeschlossen, nachdem die argentinische Regierung die Genehmi-

gung erteilt hat.

Die Belegschaft der Verwaltung für öffentliche Einnahmen (AFIP), soll ab 1. April um 3.000 Personen verringert werden, von insgesamt über 22.000. Dies wurde von Staatssekretär Juan Carlos Gomez Sabaini mitgeteilt. Der Generalsekretär der Gewerkschaft dieser Beamten (Aedgi), Jorge Martinez, meinte, dies sei Wahnsinn, da das Amt erfahrene Beamte verlieren werde, die es unbedingt benötige. Er meinte, es handle sich um verkappte Entlassungen. Es wurde nicht bekanntgegeben, nach welchem Kriterium diese Beamten bestimmt werden. Wenn es dabei z.B. um Inspektoren geht, die kein Vertrauen geniessen, ist es eine Sache; wenn es sich aber nur um Beamte handelt, die angeblich zu alt sind, ist es eine andere. Objektiv gesehen fehlt dem Steueramt Personal.

Die Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO) kündigte zusätzliche Kredite für \$ 872 Mio. an, für Kleinunternehmen, Aussenhandelsfinanzierung, Landwirtschaft und Hypotheken.

Präsident Fernando de la Rúa erklärte, wenn der Erdölpreis sinke, würden auch die Preise für Brennstoffe für den Konsumenten abnehmen. Er habe mit Repsol-YPF-Präsident Alfonso Cortina gesprochen, der ihn versichert habe, es sei nicht wahr, dass die Preise der Endprodukte bei geringerem Rohölpreis unverändert bleiben würden. Wirtschaftsminister Machinea erklärte, die Regierung arbeite systematisch an einer Verstärkung der Konkurrenz und einer Senkung der Preise. In diesem Sinn wird erwogen, den Supermärkten zu gestatten, Benzin und Dieselöl zu verkaufen.

Die parlamentarischen Kommissionen, die das Projekt über Massnahmen gegen die Steuerhinterziehung untersucht haben, haben einen Artikel eingefügt, durch den die AFIP 1,5% der Zahlungen an das Rentensystem einbehalten darf, die sie für Rechnung der privaten Unternehmen CAFJP eintreiben. Ausserdem wurde das Kapitel gestrichen, das bestimmte, dass für das Inkasso der säumigen Schulden die Kontoauszüge exekutiven Charakter (wie ein Wechsel) haben sollten. Auch wurde aus dem Projekt die Ausnahme bei der Brennstoffsteuer auf Lösungsmittel (die eine Form von Benzin darstellen) und als Rohstoffe für Industrien verwendet werden, abgeschafft. Statt dessen sollen diese Industrien eine Rückvergütung für die bezahlte Steuer erhalten. Das macht die Kontrolle viel einfacher. Dieses System soll auch für Brennstoffe gelten, die in Patagonien verbraucht werden.

Das Landwirtschaftssekretariat schätzt die diesjährige Ernte von Sojabohnen auf 19,4 Mio. t, gegen 19 Mio. im Vorjahr. Die bebaute Fläche nahm um 1,9% zu. Bei Mais ist die be-

Die neue Diskussion über Pharmapatente

In der Deputiertenkammer ist eine neue Diskussion über die Patentierung von Medikamenten aufgekommen, die im Oktober dieses Jahres effektiv beginnt, nachdem die Übergangsfrist dann abläuft. Die lokalen Pharmaunternehmen bemühen sich um ein neues Gesetz, das vorschreibt, dass die Patentrechte nur für lokal erzeugte Produkte gelten. Der Vorsitzende des Verbandes CAEME, Carlos Carreira, der die ausländischen Firmen vertritt, wies darauf hin, dass dies gegen die Artikel 27 und 28 des TRIPS (das Abkommen der WHO über geistiges Eigentum) verstossen würde, die bestimmen, dass der Schutz des geistigen Eigentums unabhängig vom Fabrikationsort ist. Der Vertreter der Unternehmen, die keine internationale Bindung haben und CILFA bilden, Pablo Challú, meinte hingegen, dass diese Auslegung nicht zutrefte, wobei in der WHO keine Kontroverse über die Frage lokaler Fabrikation bestünde.

Carreira erklärte, dass die Firmen, die in CAEME und Cooperala vereint seien, in der Periode 1994-2000 insgesamt \$ 871 Mio. investiert hätten, gegen nur \$ 579 Mio. der von CILFA. Ausserdem liefert CAEME 76% der lokalen Exporte (nur bei Berücksichtigung der ersten 20 Unternehmen), wobei die Lieferungen an Mercosur-Staaten 1998 67,3% ausmachen, gegen nur 55,6% 1994. Carreira wies darauf hin, dass die lokale Industrie 15 Jahre brauche, um ein neues Produkt auf den Markt zu bringen, was hohe Investitionen bedeute. Man könne ein Unternehmen, das ein Patent für ein Produkt besitzt, nicht zwingen, einen Lizenzvertrag mit einer lokalen Firma abzuschliessen.

Challú hingegen, wies darauf hin, dass die Importe der multinationalen Unternehmen von 12% ihres Umsatzes im Jahr 1992 auf gegenwärtig 43% gestiegen seien. In 10 Jahren würden sie die gesamte lokale Erzeugung durch Importe ersetzen. Die Klausel, die lokale Fabrikation erfordert, gelte in den Niederlanden, Italien, Frankreich, Brasilien, Grossbritannien und Uruguay. Hingegen bestehe dieses System nicht in Chile, Perú und Kolumbien, wo 12, bzw. 15 und 9 Unternehmen das Land verlassen hätten.

Der Vertreter der lokalen Pharmaindustrie wies darauf hin, dass das bestehende Gesetz zwei Lücken aufweise: einmal bestimmt es nicht, was „lokale Ausbeutung“ bedeute, wobei CILFA meint, dies müsse als „Fabrikation“ ausgelegt werden; und dann sei der Begriff der „besonderen Vertriebsrechte“ (DEC) nicht klar, wobei die multinationalen Firmen interpretieren, dass dies gleich Patentrecht sei. Challú sagte, die ausländischen Firmen wollen den Handel monopolisieren und die Preise erhöhen.

Der Deputierte H. Roggero, Fraktionschef des PJ, der die lokale Industrie traditionell verteidigt hat, sprach sogar von phantastischen allgemeinen Preiserhöhungen von 70%, als Folge des Ablaufs der Übergangsfrist. Hier wird vergessen, dass der Anteil der Produkte, die unter Patentschutz stehen, am Gesamtumsatz der Branche, zwischen 2% und 5% liegt, wobei einige Produkte schon mittels Lizenzverträgen von lokalen Firmen erzeugt werden. Es ändert sich somit sehr wenig. Ebenfalls wurde nicht erwogen, dass es bei Produkten mit gültigen Patenten oft um solche geht, die für sehr spezifische Krankheiten verwendet werden und somit einen so geringen Umsatz aufweisen, dass sich die lokale Erzeugung nicht lohnt.

baute Fläche um 11% gestiegen, während sie bei Sonnenblumen um 16% gesunken ist. Bei Baumwolle fand eine Verringerung der bebauten Fläche um 55% statt, so dass mit einer Bruttoproduktion von nur 443.000 t gerechnet wird, 38,4% weniger als im Vorjahr.

Eine Reihe lokaler Unternehmen, die kaltgewalzte Stahlbleche verwenden, haben sich beim Wirtschaftsminister über die hohen Preise beklagt, die der einzige lokale Fabrikant, die firma Siderar (Tchint-Gruppe) fordere, nach dem das Unternehmen bei seinen Bemühungen erfolgreich gewesen sei, die Importkonkurrenz auszuschalten. Ausserdem

wenden sie sich gegen die Verwendung des Systems der Produktionsspezialisierung durch Siderar, das diesem Unternehmen erlaubt, bestimmte Bleche zu exportieren und hingegen andere zu einem Vorzugszoll zu importieren, womit sie ihre Monopolstellung auf dem Markt festigt.

Die nationale Hypothekbank (BHN) hat die 4. Serie ihrer Bonds mit Hypothekensicherung ausgegeben (was man international als „Securitisation“ bezeichnet). Diese Bonds wurden von Moody's als Investment-Grade qualifiziert, was die Unterbringung erleichtert. Diese sogenannten „Senior-Bonds“ wurden in

zwei Tranchen ausgegeben: Klasse AF, mit 8% Zinsen, was wegen des Disagios eine effektive Rendite von 10,59% ergibt; Klasse AV, mit einem Zinssatz von LIBO plus 250 Punkte, die zu Pari untergebracht wurden. Die hohe Nachfrage nach diesen Bonds hat die BHN veranlasst, die Ausgabe von USS 100 auf USS 156 Mio. zu erhöhen.

Die Glasbehälterfabrik Rayén Curá, in Mendoza, erhält eine Kapitalinvestition von US\$ 24 Mio. von Vicasa (von der spanischen Gruppe „Cristalería Española“) und der chilenischen „Cristalerías de Chile“.

Die US-Internetfirma Yahoo hat letzte Woche ihre Tätigkeit in Argentinien aufgenommen, nachdem sie Abkommen mit 7.000 lokalen „Sites“ abgeschlossen hat. Sie will 50% der Kunden erhalten, die für Ende 2000 auf 1,3 Mio. geschätzt werden. Die grossen US-Internetfirmen kommen nach Argentinien: kurz vorher hatte sich Lycos niedergelassen und America Online hat schon die Ankunft angekündigt.

Die spanische Ecuallity hat eine Investition von US\$ 10 Mio. in Argentinien angekündigt, um ihre Tätigkeit zu entwickeln, die sich auf Geschäfte „Business to business“ und „Business to consumer“ über Internet konzentriert.

Carlos Ruckauf, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, bestätigte, dass er dem Provinzparlament ein Gesetzesprojekt unterbreiten werde, durch das lokale Unternehmen Priorität bei Lieferungen an den Provinzstaat erhalten. In diesem Sinn hat er schon ein Dekret unterzeichnet, durch das er den direkten Kauf von Spitzenmaterial für einmalige Verwendung (für Hospitäler) an eine lokale Firma für \$ 401.723 anordnet. Dieses Unternehmen hatte gedroht, die Fabrikation nach Brasilien zu verlagern. Das Gesetzesprojekt sieht vor, dass bei öffentlichen Ausschreibungen, die Preise von Unternehmen der Provinz um 5% höher liegen dürfen, und noch mal so viel, wenn sie ein IRAM-Qualitätszertifikat ausweisen.

Das Gesetzesprojekt über die Reform der Statuten der Banco de la Nación Argentina sieht vor, dass die Bank weiterhin ein „autarkes Organ“ bleibt, aber nicht in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Die Bank soll vornehmlich Kredite bis zu \$ 1 Mio. vergeben, vorausgesetzt, dass diese Bank die einzige ist, die dem Unternehmen Kredite gegeben hat. Die Bank darf Kredite bis zu \$ 5 Mio. vergeben, wenn ein Unternehmen auch anderen Banken schuldet und die Beteiligung der Banco Nación keine 50% der gesamten Kredite übersteigt, die das Unternehmen von Banken erhalten hat. Das Direktorium darf Kredite für höhere Beträge gewähren, muss dabei jedoch die Gutachten von zwei Risikoqualifizierungsagenturen fordern. Die Kredite an den öffentlichen

Sektor müssen vom Schatzamt oder durch die Provinzbeteiligung an den Nationalsteuern garantiert werden.

Die Risikoagentur Standard and Poor's hat die Benotung der Stadt Buenos Aires von BB-(minus) auf BB angehoben, womit sie dem Nationalstaat gleichgestellt wurde. Die Agentur weist auf die soliden Finanzen der Stadtverwaltung hin.

Die Regierung hat den Konzern SOCMA (Macri Gruppe), der die Konzession für die ehemalige staatliche Post (Correo Argentino) hat, gemahnt, die Gebühr von \$ 36,1 Mio. für die Periode März-August 2000, die am 10.3.00 fällig war, zu zahlen. Dennoch läuft die Initiative weiter, eine Kommission zu bilden, die binnen 90 Tagen ein Gutachten über den Fall liefern soll.

Die ZB hat in den ersten 10 Märztagen die Schliessung von 8.951 Kontokorrentkonten angeordnet, was auf einen Rekord für den ganzen Monat hindeutet. Es sind 253% mehr Fälle als in der gleichen Periode des Jahres 1999.

Die Firma Perez Companc hat einen Absichtsbrief mit der US-Firma Pride International unterzeichnet, um ihr ihre Tochtergesellschaft „Servicios Esepiales San Antonio S.A.“ für US\$ 78 Mio. zu verkaufen.

Das Unternehmen befasst sich mit der Fertigstellung der Erdölbohrungen, die intern mit Röhren ausgestattet werden. Das Unternehmen ist nicht nur in Argentinien, sondern auch in Venezuela, Peru und Bolivien tätig. 30% bis 40% des Umsatzes entfällt auf Perez Companc.

Die Generalversammlung von Telecom genehmigte die Umwandlung von \$ 52 Mio. „C-Aktien“ in „B-Aktien“. Bei der ENTel-Privatisierung gingen 10% der Aktien der Nachfolgeunternehmen an die Belegschaft, in Form von „C-Aktien“. Jetzt erhalten diese Aktionäre die normalen Aktien, die sie am Markt verkaufen können. Zum gegenwärtigen Kurs sind es insgesamt rund \$ 400 Mio.

Symposium über Biotechnologie und organischen Anbau in der Deutschen Botschaft

Am 2. März veranstaltete die Deutsche Botschaft im Rahmen von Vorträgen zu landwirtschaftlichen Themen ein Diskussionsforum zum Thema „Biotechnologie und organischer Anbau - zwei Ansätze der modernen Landwirtschaft“. Das von Domingo di Nucci geleitete Podium deckte die breitgefächerten und teilweise widersprüchlichen Interessen von Industrie, Produzenten und Umweltverbänden ab. Dr. Bruni, Präsident des argentinischen Tiergesundheitsamtes SENASA, meinte, dass sich der Einsatz von Biotechnologie in der Landwirtschaft und ökologische Produktionsweisen nicht gegenseitig ausschliessen würden. Argentinien verfüge über ausreichende Produktionsflächen, und in Zukunft würden sowohl preisgünstigere „Gentechnik-Produkte“, als auch aufwendige, dafür aber „sicher“ hergestellte ökologische Produkte ihren Markt finden. Die Verantwortung des Staates liege in der Festschreibung verbindlicher Regelungen.

Dr. Burachic von der Comisión Nacional de Biología Agropecuaria - CONABIA, erläuterte die strengen Voraussetzungen für die Zulassung gentechnisch veränderter Produkte am Beispiel von Saatgut. 80 Prozent des in Argentinien angebauten Soja seien heute - nach nur drei Jahren - schon gentechnisch verändert. Dies liege, wie Ing. Agr. Eugenio Gardella, KWS Argentina SA, eindrucksvoll verdeutlichte, an den enormen Vorteilen für den Landwirt: Geringere Kosten und sichere Ernten hätten eine höhere Rentabilität zur Folge. Der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen werde in Argentinien - anders als in Europa - kaum in Frage gestellt. Nach Auskunft des Vertreters der hiesigen EU-Kommission sei der Import in die EU bei entsprechender Kennzeichnung ohne weitere Einschränkungen zugelassen.

Dr. Ricardo Grether (Confederaciones Rurales Argentinas) zeigte wenig Verständnis für eine Förderung der Biotechnologie im Rahmen medizinischer Entwicklungen bei einer gleichzeitigen Ablehnung im Zusammenhang mit der Landwirtschaft. Gentechnisch veränderte Produkte seien konventionell produzierten Lebensmitteln gleichwertig, meinte Lic. Magdalena Sosa, Aventis Crop Science SA. In einer zweiten Phase der Entwicklung könnten die unter Anwendung von Gentechnik hergestellten Lebensmittel sogar „gesünder“ werden als konventionelle, da sie zum Beispiel Allergien verursachende Substanzen vermeiden würden.

Gegen jeden Einsatz der Biotechnologien wandte sich Emiliano Ezcurra Estrada von Greenpeace Argentina. Die langfristigen Auswirkungen auf die Umwelt und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Landwirte von der Industrie seien nicht zu vertreten. Gute Absatzchancen für ökologische Produkte gerade auch in Europa sah Ernesto Engels von OrganiscMercosur.

Die gut besuchte Veranstaltung endete mit einer lebhaften Diskussion, die zwar nicht alle Fragen, Zweifel und Bedenken ausräumen, aber doch Denkanstösse für die Zukunft geben konnte.

Die jährliche Auto-Produktion

1970	22.473.747
1975	25.054.505
1978	31.669.395
1980	29.286.435
1982	26.976.223
1986	33.217.753
1989	36.610.642
1990	36.308.023
1995	36.491.034
1996	37.827.677
1997	39.660.770
1998	39.141.648
1999	40.722.258